

TIERÄRZTE, PHYSIKER UND PASTORENTÖCHTER

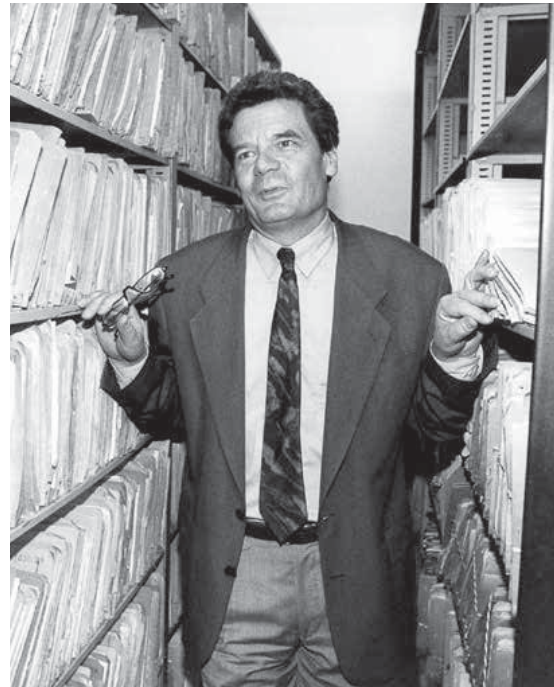
Politische Karrieren nach dem Mauerfall

BERNHARD VOGEL

Geboren 1932 in Göttingen, von 1976 bis 1988 Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, von 1992 bis 2003 Thüringer Ministerpräsident, Ehrenvorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Angela Merkel, als Bundesministerin für Frauen und Jugend im Kabinett, aufgenommen 1991.
© ullstein bild – Ulrich Baumgarten



Joachim Gauck, als Sonderbeauftragter der Bundesregierung für die personenbezogenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes der DDR, aufgenommen 1992. © ullstein bild – dpa

Nicht nur George Bush senior, Michail Gorbatschow und Helmut Kohl ist es zu verdanken, dass die Überwindung der deutschen Teilung in erheblichem Umfang gelungen ist, sondern ganz besonders auch jenen Frauen und Männern, die sich ohne Zögern von einem auf den anderen Tag zum Dienst an unserem Staat zur Verfügung stellten.

Wenn Deutschland am 9. November 2014 den 25. Jahrestag des Mauerfalls feiert, werden sich an herausgehobener Stelle zwei Persönlichkeiten zu Wort melden, die beide in der ehemaligen DDR aufgewachsen sind, dort studiert und Jahrzehnte ihres Lebens in Mecklenburg-Vorpommern beziehungsweise in Brandenburg und Ost-Berlin verbracht haben. Evangelischer Pastor als Bundespräsident der eine, promovierte Physikerin als Bundeskanzlerin die andere. Beider Lebensweg unterscheidet sich fundamental von dem ihrer Vorgänger im Amt, sowohl was ihren zuvor ausgeübten Beruf als auch ihren politischen Werdegang betrifft. Über langjährige Partei-

und Politikerfahrung konnten sie bis zu ihrem 50. beziehungsweise 36. Lebensjahr nicht verfügen. Am Tag des Mauerfalls konnte niemand in Ost-Deutschland auf die Übernahme politischer Führungsaufgaben vorbereitet sein.

Als der Aufbau der westdeutschen Länder und der Bundesrepublik begann, lag das Ende der Weimarer Republik zwölf Jahre zurück. Als die ersten ostdeutschen Landräte und Bürgermeister bestellt, die ersten Landtage gewählt wurden und die ersten Landesregierungen zu bilden waren, lag sie 56 Jahre zurück. Im Parlamentarischen Rat, der 1948/49 das Grundgesetz entwarf, waren die meisten seiner 65

Mitglieder schon in der Weimarer Republik politisch tätig gewesen, elf waren Mitglieder des Reichstages, einer sogar Reichstagspräsident, zwölf waren ehemalige Landesminister, darunter fünf Justizminister, drei hatten bereits an der Weimarer Verfassung mitgearbeitet, 32 hatten ein juristisches Examen, elf ein wirtschaftswissenschaftliches. In Ost-Deutschland dagegen gab es niemanden mehr, der über eigene politisch-parlamentarische Erfahrung verfügte. Niemand war auf die Aufgabe vorbereitet, die viele, praktisch über Nacht, zu übernehmen hatten. Entscheidend war, dass sie in Distanz zum Unrechtsstaat der DDR gestanden hatten, dass sie weder in der

Staatspartei, der SED, noch in einer der Blockparteien führende Funktionen bekleidet hatten und dass sie den Mut besaßen, ohne Vorbereitung und Erfahrung ins kalte Wasser zu springen.

KABINETTE IN RHEINLAND-PFALZ UND THÜRINGEN

Mein letztes rheinland-pfälzisches Kabinett – eine Koalition aus CDU und FDP – umfasste neben mir neun Mitglieder: Zwei Minister waren Volljuristen, zwei waren Volkswirte, einer war Lehrer, einer Verwaltungsangestellter, einer Winzer, einer evangelischer Theologe, und eine Ministerin war Ärztin. Ich kannte sie alle, meist seit Jahrzehnten, acht von ihnen gehörten zum Teil über viele Jahre dem Landtag oder dem Bundestag an. Alle waren seit Langem Mitglieder ihrer Partei und hatten dort zum Teil führende Funktionen inne.

Meinem ersten Kabinett in Thüringen – ebenfalls eine Koalitionsregierung aus CDU und FDP –, das ich binnen weniger Tage bilden musste, gehörten neben mir elf Minister an: Von den neun ostdeutschen Ministern waren zwei Diplom-Ingenieure, einer war Biologe, einer Physiker, einer Informationstechniker, einer Diplom-Landwirt, einer Fachlehrer für Deutsch und Kunsterziehung, einer Arzt, und eine Dame war evangelische Theologin. Hinzu kam ein westdeutscher Jurist und – als Minister in der Staatskanzlei – ein Volkswirt. Bei allem Bemühen,

so weit wie möglich Thüringer zu berufen: Auf die beiden „externen Fachleute“ konnte ich nicht verzichten. Der Justizminister sollte Jurist sein, und Volljuristen standen im Land schon wegen der unterschiedlichen Ausbildungsgänge nicht zur Verfügung. Und wegen der besonderen Herausforderung, die sozialistische Planwirtschaft zur Sozialen Marktwirtschaft umzubauen, schien mir ein mit der westdeutschen Wirtschaft und meiner Arbeitsweise vertrauter Volkswirt notwendig.

Von den Thüringern kannte ich fast niemanden. Als sie sich vorstellten, musste ich nicht nur nach ihren Vorstellungen zum künftigen Ressort fragen, sondern ich musste mich sehr eingehend nach ihrem Lebensweg in der DDR erkundigen. Sie alle waren erst wenige Monate zuvor zum ersten Mal in den Landtag gewählt worden. Einige der CDU-Minister hatten schon zuvor der Ost-CDU angehört. Aber keiner hatte dort eine Führungsfunktion wahrgenommen. Ein Minister kam vom Demokratischen Aufbruch, einer von der Bauernpartei. Vier von ihnen hatten im Landtagshandbuch angegeben, evangelisch zu sein, drei katholisch. Und auch das gehörte zu den Unterschieden: Ihr Durchschnittsalter war erheblich geringer. Das Durchschnittsalter meines letzten rheinland-pfälzischen Kabinetts betrug 54,1 Jahre, meines ersten Thüringer Kabinetts 38,8 Jahre.

Da dem ersten Landtag kein Jurist angehörte, musste

auch der Verfassungsausschuss, der die neue Landesverfassung auszuarbeiten hatte, durchgehend mit Nichtjuristen besetzt werden: drei Ingenieuren, einem Arzt, einem Verfahrenstechniker, einem Diplom-Landwirt, einer Apothekerfacharbeiterin, einem evangelischen Pfarrer, einem Germanisten, einem Komponisten.

Unter den ersten ostdeutschen Ministerpräsidenten, die nicht wie Kurt Biedenkopf aus dem Westen kamen, waren ein Tiermediziner (Sachsen-Anhalt), ein Chemieingenieur (Thüringen), ein Diplom-Geograph (Mecklenburg-Vorpommern) und ein Konsistorialpräsident (Brandenburg). Bis auf Letzteren, Manfred Stolpe, waren sie nur wenige Monate im Amt. In Mecklenburg-Vorpommern folgte seinem Vorgänger ein Tierarzt, in Sachsen-Anhalt zunächst ein Westdeutscher und dann ein ostdeutscher Agrarwissenschaftler und danach ein Mathematiker, in Thüringen für längere Zeit ein Westdeutscher, danach ein Physiker.

Verständlicherweise war die Zahl engagierter Christen, die bereit waren, sich zur Verfügung zu stellen, erfreulich hoch, hatten sich doch beide Kirchen ihre Wertorientierung und eine beschränkte Handlungsfähigkeit über die DDR-Zeit hinweg erhalten. Der Protest gegen das herrschende sozialistische System sammelte sich zunächst überall in den evangelischen Kirchen, bis diese die Demonstranten nicht mehr fassen konnten und sie die

Straßen und Plätze füllten. Die kleine Minderheit der Katholiken hatte sich ohnehin weitgehend jedes Kontaktes mit dem Staat enthalten. Einen eigenständigen Laienkatholizismus, der im Westen über Jahrzehnte Quelle aktiven politischen Engagements war, gab es in der DDR nicht.

Beide Kirchen haben maßgeblich zum friedlichen Verlauf der Revolution beigetragen. Ihre Mitglieder wurden häufig zu Motoren oder auch zu Moderatoren. Besonders sinnfällig wurde das in ihrer Rolle bei den vielen Runden Tischen in den Regionen und im Zentrum Berlin. Hier am zentralen Runden Tisch lösten sich Vertreter der evangelischen, der katholischen und der methodistischen Kirche in der Moderation ab. Auch der zunächst von der Partei totgeschwiegene „Brief aus Weimar“, der entscheidend zum Umbruch in der Block-CDU beitrug, ist federführend von einem evangelischen Pfarrer (Gottfried Müller) und einer Pastorin (Christine Lieberknecht) verfasst worden.

Fast siebzig Prozent der Bevölkerung der DDR gehörte keiner Kirche an, 25 Prozent waren Protestanten, 5,5 Prozent Katholiken. In allen 1990 erstmals gewählten ostdeutschen Landtagen waren die Mitglieder der christlichen Kirchen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich überrepräsentiert. 54 Prozent bekannten sich zur evangelischen Kirche, vierzehn Prozent zur katholischen, 21 Prozent bezeichneten sich als konfessionslos, und zwölf Prozent

machten keine Angaben. In Thüringen waren sechzig Prozent der Landtagsabgeordneten Protestanten, elf Prozent Katholiken.

NICHT ALLE HABEN DURCHGEHALTEN

Nicht alle politischen Karrieren waren erfolgreich, manche waren den ungewöhnlichen Belastungen des Anfangs nicht gewachsen. Aber viele haben durchgehalten. Der schon 1989 gewählte neue Landrat des heutigen Landkreises Eichsfeld – vorher Leiter der Materialwirtschaft der Eichsfelder Bekleidungswerke – amtiert, in vielen Wahlen immer wieder gewählt und 2012 mit 70,3 Prozent der Stimmen bestätigt, bis heute. Der Oberbürgermeister von Jena, ein Tierarzt, war sechzehn Jahre lang im Amt. Der von mir 1992 ernannte Landwirtschaftsminister, dem später auch das Umweltressort zugeschlagen wurde, verließ im November 2009 nach knapp neunzehn Jahren als dienstältester Minister einer deutschen Regierung sein Amt. Zu den vielen überwiegend sehr guten Erfahrungen, die ich mit den „Späteinsteigern“ in der Politik machen durfte, gehört auch, dass nicht nur die Bereitschaft, sich in die Pflicht nehmen zu lassen, außerordentlich groß war, sondern, wenn notwendig, auch die Bereitschaft, notfalls von heute auf morgen ins zweite Glied zurückzutreten. Die einem Ministerpräsidenten nach der Verfassung zustehende Richtlinienkompetenz auszuüben, war in Ost-Deusch-

land leichter als im Westen. Das Regieren in den jungen Ländern unterschied sich zumindest in den ersten zehn Jahren sehr. Die erste Politikergeneration in den jungen Ländern war anders.

Die Beispiele Joachim Gauck und Angela Merkel zeigen, dass wir in ganz Deutschland davon gelernt haben: Ein neuer Typus erfolgreicher Politiker hat an Boden gewonnen. Nicht nur Juristen und Beamte, auch Physiker, Programmierer, Tierärzte und evangelische Theologen können in der Politik Hervorragendes leisten.

Nicht nur George Bush senior, Michail Gorbatschow und Helmut Kohl haben wir es zu verdanken, dass die Überwindung der deutschen Teilung alles in allem und bei allem, was noch zu tun bleibt, in erheblichem Umfang gelungen ist, sondern ganz besonders auch jenen Männern und Frauen, die sich ohne Zögern von einem auf den anderen Tag zum Dienst an unserem Staat zur Verfügung stellten. Vielfach unterstützt von Tausenden westdeutschen Helfern, die sich – sieht man von einigen schwarzen Schafen ab – ebenfalls selbstlos zur Verfügung stellten und zum Teil inzwischen selbstverständlich Thüringer, Sachsen oder Brandenburger geworden sind. Der Dank an die mutigen Männer und Frauen der ersten Stunde sollte nach 25 Jahren nicht vergessen werden. Manchen von ihnen sollte man ein Denkmal setzen!